Der Bundeswehr zum Geburtstag: 12 konkrete Maßnahmen für unsere Soldatinnen und Soldaten

Drucksache **18/16205** · eingebracht 2025-10-28 – Antragsteller: **FDP**

Sicherheitspolitik | Verteidigung | Veteranen | Infrastruktur

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP-Fraktion fordert 12 konkrete Maßnahmen zur gesellschaftlichen Anerkennung, infrastrukturellen Stärkung und industriellen Förderung der Bundeswehr in NRW – mit Fokus auf Kasernenbau, militärische Mobilität, Rüstungsindustrie und Veteranenbetreuung.

KERNFORDERUNGEN

- Feierliches Gelöbnis vor dem Landtag jährlich
- Veteranenkoordination nach dänischem Modell
- Genehmigungsfreier Kasernenbau
- Panzertaugliche Straßen
- Rüstungs- und Sicherheitsmesse

BEWERTUNG

3.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Überarbeiten

Der Antrag fokussiert ausschließlich auf militärische Sicherheitsinfrastruktur, Rüstungsindustrie und institutionelle Anerkennung der Bundeswehr – Themen, die in der GWÖ-Matrix 2.0 für Gemeinden nicht vorgesehen sind. Er berührt keine der fünf Berührungsgruppen (A–E) im Sinne gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge, ökologischer Verantwortung oder sozialer Gerechtigkeit. Stattdessen verortet er sich primär in der staatlichen Sicherheitsarchitektur (Berührungsgruppe E), aber ohne Bezug zu Menschenwürde, Solidarität oder Transparenz – vielmehr mit einer technokratischen, militärlogistischen Perspektive. Ein zentrales Feld E1 (Menschenwürde im Staat) erhält eine negative Bewertung, da der Antrag die ethische Dimension militärischer Gewalt, Kriegsfolgen oder Friedensförderung vollständig ausblendet.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare strukturelle Umsetzbarkeit
- Starke Verankerung im FDP-Wahlprogramm
- Pragmatische Verbesserungsvorschläge für Veteranenversorgung

Schwächen

- Vollständige Ausblendung ökologischer und sozialer Dimensionen
- Keine Verbindung zu Friedensförderung oder ziviler Konfliktlösung
- Fehlende Bürgerbeteiligung und Transparenz bei militärischen Vorhaben

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	·	·	·	·	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	--	-	-	-	--

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

E1 **Menschenwürde im Staat** `Bewertung: -4`

Keine Reflexion über ethische Grenzen militärischer Gewalt; Fokus auf Wehrhaftigkeit statt Friedensverantwortung

E5 **Transparenz & Mitbestimmung im Staat** `Bewertung: -4`

Keine Bürgerbeteiligung bei militärischen Entscheidungen, kein Hinweis auf parlamentarische Kontrolle oder Offenlegung von Rüstungsaufträgen

E3 **Ökologische Nachhaltigkeit im Staat** `Bewertung: -3`

Kein Bezug zu klimaschädlichen Auswirkungen militärischer Infrastruktur, Rüstungsproduktion oder Mobilität

E4 **Soziale Gerechtigkeit im Staat** `Bewertung: -3`

Keine Verknüpfung mit sozialer Ungleichheit, Armutsbekämpfung oder Daseinsvorsorge – stattdessen Priorisierung militärischer Logistik

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt dem FDP-Wahlprogramm 2022: Technologieoffenheit, Stärkung der Verteidigungsindustrie (S. 30), Einsatz für Bundeswehr als Arbeitgeber, Bürokratieabbau beim Kasernenbau („Baugenehmigungsfrei“ = Bürokratiebremse), sowie klare Positionierung zur NATO und sicherheitspolitischer Zeitenwende.

> „Die Automobilindustrie befindet sich aktuell in einem umfassenden Strukturwandel. Dank der dynamisch wachsenden Produktion von Elektroantrieben hat Nordrhein-Westfalen gute Chancen, ein Gewinner dieser Entwicklung zu werden."
> FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 30

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das FDP-Grundsatzprogramm betont Freiheit, Sicherheit und Verantwortung. Die FDP sieht die NATO als 'Garantin unserer nationalen Sicherheit' (Q9) und setzt auf 'Handlungsfähigkeit' des Staates (Q6). Der Antrag spiegelt diese Werte wider – allerdings ohne den liberalen Akzent auf Bürgerrechte, Datenschutz oder Begrenzung staatlicher Macht.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag deckt sich nahtlos mit CDU-Kernpositionen: 'Mehr Polizei', 'Null-Toleranz', 'Bundeswehr als Heimatschutz' (Q14), 'Solidarität mit Kriegsflüchtlingen' (Q12) wird zwar nicht thematisiert, aber die militärische Zeitenwende ist zentral ('Wir unterstützen den Bund dabei, die Bundeswehr personell, materiell, technisch und strategisch für die Aufgaben von heute und morgen fit zu machen', Q14).

> „Die Bundeswehr muss wieder in die Lage versetzt werden, das deutsche Staatsgebiet und die eigene Bevölkerung wirksam zu verteidigen."
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 109

PARTEIPROGRAMM

9/10

Die CDU-Grundsatzprogramme 2024 betonen 'geopolitische Handlungsfähigkeit', 'Zeitenwende', 'Schließung von Fähigkeitslücken' (Q16) und 'europäische Sicherheit gegen Russland' (Q17). Der Antrag ist ein direkter operativer Umsetzungsvorschlag dieser Leitlinien – insbesondere Kasernenbau, militärische Mobilität und Rüstungsmesse.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen grünen Kernpositionen: Grüne lehnen militärische Lösungen als 'äußerstes Mittel' ab (Q26), fordern 'Klimaneutralität deutlich vor 2040' (Wahlprogramm), während der Antrag keinerlei ökologische Kompensation für Rüstungsausgaben nennt. Die Forderung nach Rüstungsmesse und Panzerstraßen steht im Konflikt mit dem Ziel '30% Naturschutzfläche' (Q25) und 'Kreislaufwirtschaft' (Q25).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Das Grüne Grundsatzprogramm 2020 definiert den Einsatz militärischer Gewalt als 'äußerstes Mittel' (Q26) und verlangt 'klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und militärische Fähigkeiten' – was der Antrag nicht erwähnt. Stattdessen propagiert er eine unreflektierte Aufrüstungsdynamik ohne zivile Friedensförderung. Kein einziger Passus im Programm unterstützt Rüstungsmessen oder panzertaugliche Straßen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 4/10

Die SPD setzt auf 'soziale Gerechtigkeit', 'Kindergrundsicherung' und 'sozialen Zusammenhalt' (Wahlprogramm 2022), nicht auf militärische Infrastruktur. Zwar gibt es im Wahlprogramm einen Abschnitt 'Innere Sicherheit', aber mit Fokus auf Prävention, Jugendarbeit und Polizeiausbildung – nicht auf Rüstung oder Bundeswehrlogistik. Der Antrag ignoriert alle sozialen Schwerpunkte der SPD.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

Das Hamburger Programm (2007) betont 'Solidarität', 'soziale Gerechtigkeit' und 'internationale Solidarität'. Militärische Aufrüstung wird nicht als Lösung für globale Herausforderungen gesehen. Der Antrag fehlt jeglicher Verbindung zu diesen Grundwerten – stattdessen Priorisierung militärischer Kapazitäten ohne soziale oder friedenspolitische Rahmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag teilt die AfD-Fokussierung auf 'Mehr Polizei', 'Härtere Strafen' und 'Versorgungssicherheit', aber unterscheidet sich klar durch Bekenntnis zur NATO und EU-Kooperation – im Gegensatz zur AfD-Kritik an 'Brüsseler Bürokratie' (Wahlprogramm 2022). Die AfD lehnt jedoch die EU-weite Kooperation ab, während der Antrag explizit 'panzertaugliche Straßen' für Truppenbewegungen in Westeuropa fordert.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 5/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont 'nationale Souveränität' und 'EU-Kritik', während der Antrag die Bundeswehr als Teil eines europäischen Verteidigungsbündnisses versteht. Dennoch gibt es Überschneidungen bei 'Militär als Arbeitgeber' und 'Abschiebehaft' (Q2), aber keine direkten Zitate passen – daher Score mittel.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Der Landtag beauftragt die Landesregierung, … eine eigene Strategie zur Drohnenerkennung und -abwehr zu entwickeln.

> Der Landtag beauftragt die Landesregierung, eine Strategie zur Drohnenerkennung und -abwehr zu entwickeln, die streng datenschutzkonform ist und ausschließlich zivile, nicht-militärische Anwendungszwecke wie Katastrophenschutz, Umweltmonitoring oder Verkehrssicherheit umfasst.

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Menschenwürde' (E1) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (E5) durch klare Beschränkung auf zivile Zwecke und Datenschutzgarantie.

Vorschlag 2 von 3

Original: Der Landtag beauftragt die Landesregierung, … die militärisch relevanten Straßen und Brücken panzertauglich und konvoifest zu machen.

> Der Landtag beauftragt die Landesregierung, die militärisch relevanten Straßen und Brücken so zu sanieren, dass sie sowohl zivilen als auch militärischen Anforderungen genügen – unter Einhaltung höchster ökologischer Standards, Lärmschutzvorgaben und barrierefreier Zugänglichkeit für alle Nutzergruppen.

Begründung: Verbindet 'Ökologische Nachhaltigkeit' (E3) und 'Soziale Gerechtigkeit' (E4) mit militärischer Funktion – entspricht GWÖ-Prinzip der Mehrfachnutzung und Ressourcenschonung.

Vorschlag 3 von 3

Original: Der Landtag beauftragt die Landesregierung, … die Einrichtung und regelmäßige Durchführung einer Rüstungs- und Sicherheitsmesse in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen.

> Der Landtag beauftragt die Landesregierung, die Einrichtung und regelmäßige Durchführung einer 'Sicherheits- und Friedensmesse' zu unterstützen, die neben Rüstungstechnik auch zivile Krisenprävention, Katastrophenschutz, Klimaanpassung, digitale Resilienz und Friedensbildung präsentiert.

Begründung: Erweitert 'Solidarität' (E2) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (E5) durch inklusive Themenvielfalt und öffentliche Partizipation – entspricht GWÖ-Begriff von 'Sicherheit' als umfassendem Gemeinwohlziel.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Abgelehnt · MMP18-105

Ja: FDP **Nein:** AfD CDU GRÜNE **Enth.:** SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/16205

Der Bundeswehr zum Geburtstag: 12 konkrete Maßnahmen für unsere Soldatin·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/16205**

28.10.2025

Antrag

der Fraktion der FDP

Der Bundeswehr zum Geburtstag: 12 konkrete Maßnahmen für unsere Soldatinnen und Soldaten

I. Ausgangslage

Das Jahr 2025 markiert ein besonderes Jubiläum: Die Bundeswehr wird am 12. November 70 Jahre alt. Ihre Gründung und der Beitritt Deutschlands zur NATO im Jahr 1955 waren Meilensteine in der Geschichte der jungen Bundesrepublik. Nur ein Jahrzehnt nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs erhielt Deutschland erneut eine Armee.

Die Bundeswehr sollte bewusst anders sein als die deutschen Armeen zuvor. Das Prinzip der „Inneren Führung“ bindet das Handeln der Soldatinnen und Soldaten untrennbar auf die Werte unseres Grundgesetzes zurück. Sie sorgt dafür, dass Streitkräfte in einer Demokratie kein Staat im Staat sind, sondern ihr als Parlamentsarmee treu dienen. Durch das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ stellt die Innere Führung sicher, dass Gehorsam nicht blind, sondern verantwortungsvoll gelebt wird. Sie schützt damit die Würde des Einzelnen, fördert selbstständiges Denken und moralische Urteilsfähigkeit.

NRW und die Bundeswehr – eine starke Beziehung

Die Bundeswehr ist mit unserem Bundesland eng verbunden. An 25 Standorten leisten rund 20.000 aktive Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit weiteren 12.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern täglich ihren Dienst. Damit spielt die Bundeswehr auch eine wichtige Rolle als Arbeitgeber. Zudem sind zahlreiche Männer und Frauen Teil der Reserve, bei dem wichtigen Reservistenverband engagieren sich allein in Nordrhein-Westfalen 15.000 Mitglieder. Die Bundeswehr ist damit nicht nur ein unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit nach außen, sondern auch ein verlässlicher Pfeiler für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In diesem Jahr haben erstmals 400 Soldatinnen und Soldaten ihr feierliches Gelöbnis vor dem Landtag abgelegt. Es war ein Moment der Anerkennung, den unsere Truppe redlich verdient. Dieses großartige Zeichen der Wertschätzung war lange überfällig und in Zukunft sollte jedes Jahr ein feierliches Gelöbnis vor unserem Parlament stattfinden. Denn: Die Bundeswehr hat einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft.

Gerade in Ausnahmesituationen hat die Bundeswehr außergewöhnliche Stärke und Solidarität bewiesen – sei es beim verheerenden Hochwasser im Jahr 2021, welches auch Nordrhein-Westfalen schwer getroffen hat, oder während der Corona-Pandemie, als zahlreiche Soldatinnen und Soldaten unermüdlich die Arbeit in Gesundheitsämtern unterstützt haben. Doch

Datum des Originals: 28.10.2025/Ausgegeben: 28.10.2025

dieses Engagement wird noch immer zu wenig gewürdigt. Zu oft bleiben diese Leistungen im Alltag unsichtbar.

Gleichzeitig wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen – durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, durch hybride Bedrohungen, Desinformation und Cyberangriffe. Gerade weil wir uns nach dem Frieden sehnen, müssen wir wehrhaft und die Armee verteidigungsfähig werden.

Anerkennung, Wehrhaftigkeit und Rüstung

Deshalb sagen wir als Freie Demokraten klar: Nordrhein-Westfalen und die Bundeswehr gehören zusammen. Unser Land muss ein aktiver Partner der Streitkräfte sein – politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich. Das Jubiläum der Bundeswehr nehmen wir zum Anlass, um für drei wichtige Handlungsfelder konkrete Vorschläge zu machen.

Erstens verdient das große Engagement unserer Soldatinnen und Soldaten deutliche gesellschaftliche Anerkennung. Diese muss sich nicht nur in Worten, sondern auch in konkreten Maßnahmen widerspiegeln, etwa in einer verbesserten Versorgung von Veteraninnen und Veteranen. Wer für unser Land gedient und gekämpft hat, darf im zivilen Leben nicht allein gelassen werden.

Zweitens übernimmt Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner geografischen Lage im militärischen Ernstfall eine Schlüsselrolle als logistische Drehscheibe für Truppen- und Materialtransporte in Westeuropa. Unsere Infrastruktur muss diesem sicherheitspolitischen Auftrag schnell und zuverlässig gerecht werden.

Drittens kommt Nordrhein-Westfalen als Industriestandort mit zahlreichen führenden Unternehmen der Verteidigungsbranche eine zentrale Rolle beim Aufbau der notwendigen industriellen Kapazitäten in Deutschland zu. Unser Ziel ist klar: NRW soll das industrielle Zentrum der deutschen Zeitenwende werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- Soldaten, Reservisten und Veteranen der Bundeswehr im Rahmen des nationalen Veteranentags am 15. Juni jedes Jahres ab 2026 angemessen zu würdigen. Eine öffentliche Veranstaltung soll in Abstimmung mit dem Landtag, dem Landeskommando NRW der Bundeswehr sowie den Bundeswehrverbänden stattfinden. Zudem richten diese Akteure künftig jedes Jahr das Feierliche Gelöbnis neuer Rekrutinnen und Rekruten aus NRW vor dem Landtag aus.

- sich für eine moderne Erinnerungskultur einzusetzen. Für Soldatinnen und Soldaten, die im Dienst gestorben sind, soll es Gedenkorte auch außerhalb militärischer Areale geben. Der Volkstrauertag soll stärker in den öffentlichen Raum gerückt werden.

- die Landkreise und die kreisfreien Städte zu unterstützen, zentrale Ansprechpartner für Veteraninnen und Veteranen nach dem dänischen Vorbild zu benennen. Diese Veteranenkoordination bietet niedrigschwellige Beratung an und vermittelt Unterstützungsangebote. Da eine Auslastung vorab nicht planbar ist, kann die Aufgabe als Ehrenamt oder in Nebenfunktion umgesetzt werden.

- bestehende Angebote zur psychosozialen Unterstützung und Förderung der mentalen Gesundheit aktiver und ehemaliger Bundeswehrangehöriger zu evaluieren und auszubauen, insbesondere durch Kooperationen mit regionalen Trägern, Krankenkassen und Fachinstitutionen.

- die Rolle der Bundeswehr als wichtiger Arbeitgeber in unserem Land anzuerkennen und die Arbeitsplatzmöglichkeiten für Soldatinnen und Soldaten, aber auch für zivile Beschäftigte im Rahmen der Berufsorientierung an Schulen sowie der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit stärker zu berücksichtigen.

- dem Landtag bis Januar 2026 einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Kasernenbaus vorzulegen. Wer eine Kaserne bauen will, soll dafür kein Baugenehmigungsverfahren durchlaufen – der Bau wird genehmigungsfrei. Serielle und modulare Bauweisen sowie praxisnahe Lösungen beim Denkmalschutz beschleunigen den Ausbau.

- die militärisch relevanten Straßen und Brücken panzertauglich und konvoifest zu machen. Dazu muss das Land seinen Verpflichtungen zum Militärstraßengrundnetz (MSGN) umfassend gerecht werden. Im Bündnisfall darf die militärische Mobilität nicht an maroden Brücken scheitern. Bei allen zukünftigen Sanierungen und Neubauten von Straßen und Brücken muss das Land systematisch die Belange militärischer Mobilität mit planen unter Einbeziehung digital verfügbarer Brückendaten zur militärischen Lastenklasse

- eine eigene Strategie zur Drohnenerkennung und -abwehr zu entwickeln.

- bestehende Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu evaluieren und zu verbessern. Besonders in der Katastrophenhilfe brauchen wir eine enge Verzahnung von zivilem und militärischem Know-How. Dies muss in der neuen Landesstelle Katastrophenschutz berücksichtigt werden.

- die Beteiligung der Bundeswehr und der Reserve an landesweiten Übungen im Bevölkerungsschutz zu evaluieren. Sie müssen als fester Bestandteil von kommunalen und landesweiten Krisenstäben vorgesehen werden. Gemeinsame Fortbildungen schaffen gegenseitigen Verständnis und professionelle Abläufe.

- Maßnahmen zu ergreifen, um die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Hochschulen, der Bundeswehr sowie zivilen und militärischen Forschungseinrichtungen zu fördern und zu stärken.

- die Einrichtung und regelmäßige Durchführung einer Rüstungs- und Sicherheitsmesse in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen, um Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Bundeswehr und Öffentlichkeit stärker zu vernetzen und sicherheitspolitische Diskurse zu fördern.

Henning Höne
Marcel Hafke
Susanne Schneider
Werner Pfeil

und Fraktion